

Kleine Anfrage

der Abgeordneten René Springer, Jörg Schneider, Sebastian Münzenmaier, Norbert Kleinwächter und der Fraktion der AfD

Ursachen für den Zugang in Erwerbsminderungsrente (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/13033)

Das „Versicherungsjournal“ hat anhand von Daten der Deutschen Rentenversicherung (DRV) ermittelt, dass sich 2019 die Zahl der Bezieher von Erwerbsminderungsrenten auf rund 1,82 Millionen Versicherte belief. Der Statistik zufolge, gelten psychische Erkrankungen als mit Abstand häufigster Grund für die Zahlung der Erwerbsminderungsrente. Dabei sind, den Daten zufolge, die psychischen Erkrankungen unter Frauen besonders stark verbreitet (https://statistik-rente.de/drv/extern/publikationen/aktuelle_statistikbaende/documents/Rente_2019.pdf, S. 42–46).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Erwerbsminderungsrentner von 2010 bis 2020 absolut und relativ (bezogen auf 100 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter) entwickelt (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach den soziodemographischen Merkmalen Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland für die Jahre von 2010 bis 2020 ausweisen und die Veränderung von 2010 auf 2020 auch prozentual angeben)?
2. Wie erklärt die Bundesregierung den im Vergleich zu Männern stärkeren Anstieg der Zahl der Frauen in der Erwerbsminderungsrente (vgl. Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/13033), und wie haben sich die Anzahl und der Anteil von Männern und Frauen in der Erwerbsminderungsrente in den Bundesländern im Zeitraum 2010 bis 2020 entwickelt?
3. Wie viele der neu bewilligten Erwerbsminderungsrenten gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2020 auf eine psychische Erkrankung (psychiatrische Diagnose) zurück (bitte die absoluten und relativen Zahlen differenziert nach Bund, Ländern, neuen und alten Bundesländern, Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige ausweisen)?
4. Welche Erkrankungen bzw. medizinischen Diagnosen bildeten 2010, 2015 und 2020 am häufigsten die Grundlage einer positiven Bewilligung von Erwerbsminderungsrente (bitte nach Diagnosegruppen sowie in absoluten und relativen Zahlen auflisten)?

5. Was waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010, 2015 und 2020 die häufigsten gesundheitlichen Gründe für den Bezug einer Erwerbsminderungsrente, bezogen auf alle Erwerbsminderungsrentner in der Bestandsstatistik (bitte nach Diagnosegruppen sowie in absoluten und relativen Zahlen auflisten)?
6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Neuzugänge in die Erwerbsminderungsrente vom ersten bis zum vierten Quartal 2020 sowie im ersten Quartal 2021, und wie hoch waren die Anzahl und der Anteil der Fälle, die auf eine psychische Erkrankung zurückgingen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach den soziodemographischen Merkmalen Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?
7. Wie hoch war 2010 bis 2020 das Durchschnittsalter der Neuzugänge in die Erwerbsminderungsrente sowie das Durchschnittsalter aller Erwerbsminderungsrentner in der Bestandsstatistik der Deutschen Rentenversicherung (bitte differenziert nach Bund, Ländern, nach neuen und alten Bundesländern, nach sowie nach den soziodemographischen Merkmalen Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland für die Jahre von 2010 bis 2020 ausweisen und die Veränderung von 2010 auf 2020 prozentual angeben)?
8. Hat die Bundesregierung seit 2010 zur besseren sektoren- und berufsgruppenübergreifenden sowie interdisziplinären Verzahnung und Kopplung der Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen oder Erkrankungen ergriffen, wenn ja, welche waren das konkret, und welche plant sie, zu ergreifen?
9. Hat die Bundesregierung im Sinne des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz – PräVG) zur Prävention und Verminderung der Zahl psychischer Störungen oder Erkrankungen sowie zur Verminderung oder Prävention chronifizierter Verläufe psychischer Störungen oder Erkrankungen konkrete Maßnahmen ergriffen, wenn ja, welche, und was waren die Ergebnisse (bitte ausführen und quantifizieren)?
10. Hat die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur Prävention und Therapie chronischer, lebensstilbedingter psychischer Störungen oder Erkrankungen ergriffen, wenn ja, welche, bzw. plant sie, ggf. solche zu ergreifen (bitte ausführen)?
Wenn nein, plant die Bundesregierung weitere solcher Maßnahmen?
11. Hat die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur Entwicklung und Stärkung eines krankheitsübergreifenden Präventions- und Therapieansatzes für psychische Störungen und Erkrankungen ergriffen, wenn ja, welche, und was waren die Ergebnisse (bitte ausführen und quantifizieren)?
Wenn nein, plant sie, ggf. solche zu ergreifen?
12. Hat die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zum Aufbau gesundheitsfördernder Strukturen in Lebenswelten wie Schulen, Kommunen und Betrieben ergriffen, wenn ja, welche, und was waren die Ergebnisse (bitte ausführen und quantifizieren)?
Wenn nein, plant sie, ggf. solche zu ergreifen?

13. Hat die Bundesregierung Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen ergriffen, und welche plant sie, zu ergreifen, um ein vorzeitiges gesundheitsbedingtes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bei so vielen Menschen wie möglich zu verhindern, und was waren die Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen (bitte ausführen und quantifizieren)?

Wenn nein, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, zu ergreifen?

14. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um im Sinne des Bundesteilhabegesetzes mit § 11 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) vor dem Hintergrund der stetig hohen Zugänge in die Erwerbsminderungsrente und in die Eingliederungshilfe bzw. Sozialhilfe die Rehabilitation und Wiedereingliederung von Menschen mit psychischen Störungen und Erkrankungen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, wenn ja, welche, und was waren die Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen (bitte ausführen und quantifizieren)?

Wenn nein, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, zu ergreifen?

15. Hat die Bundesregierung sozialpolitische, medizinische, psychologische und fiskalische Maßnahmen, innovative Leistungen und organisatorische Maßnahmen zur Rehabilitation und Wiedereingliederung von Menschen mit psychischen Störungen und Erkrankungen in den Arbeitsmarkt ergriffen bzw. erbracht, auch und insbesondere mit dem Ziel, die Erwerbsfähigkeit der betroffenen Menschen besser als bisher zu erhalten oder wiederherzustellen, und hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen des Bundesprogramms „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – rehapro“ derartige Maßnahmen bzw. Leistungen erprobt, entwickelt und umgesetzt?

Wenn ja, was sind die zentralen Ergebnisse und Erkenntnisse des Bundesprogramms, und wo wurden sie veröffentlicht (bitte auch Downloadlink angeben)?

Wenn nein, plant die Bundesregierung bzw. das BMAS derartige Maßnahmen oder Leistungen zu entwickeln, zu erproben oder umzusetzen?

16. Hat die Bundesregierung eigene Studien und Untersuchungen zu den Ursachen und Entwicklungen von psychischen Erkrankungen in Deutschland, die zu Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit führen, im Zeitraum von 2000 bis 2020 beauftragt?

Wenn ja, was waren deren zentrale Ergebnisse (bitte jeweils das beauftragte Institut, den bzw. die Verfasser, Kosten und Downloadlink angeben)?

Wenn nein, plant die Bundesregierung derartige Studien oder Untersuchungen?

17. Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse (Dunkelfeldstudien, Untersuchungen, Gutachten, Berichte etc.) hinsichtlich des Ausmaßes psychischer Erkrankungen, die zu Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit führen, in Deutschland, und wenn ja, welche (bitte jeweils das ggf. beauftragte Institut, den bzw. die Verfasser, Kosten und Downloadlink angeben)?

18. Welche Auswirkungen ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung aus der Corona-Pandemie für die zu erwartende Entwicklung der Erwerbsminderungsrenten?

Berlin, den 21. Mai 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

